

# Stadt und Polizei wollen mehr Sicherheit für die Bergkamener

Bergkamens Bürgermeister Roland Schäfer und Landrat Michael Makiolla als Leiter der Kreispolizeibehörde unterzeichneten am Dienstag eine Kooperationsvereinbarung. Damit wollen die Stadt Bergkamen und die Kreispolizeibehörde für mehr Sicherheit in Bergkamen sorgen und die bereits erfolgreich laufende Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ordnungs- und Jugendamt weiter festigen.



Unterzeichnung des Kooperationsvertrags (v.l.): Leitender Polizeidirektor Hans-Dieter Volkmann (Abteilungsleiter Polizei der KPB Unna), Bürgermeister Roland Schäfer, Christine Busch (Beigeordnete der Stadt Bergkamen für das Dezernat II (Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Jugend, Soziales, Bildung)), Landrat Michael

Makiolla und Polizeihauptkommissar Marc Westerhoff (stellv. Regionalbeauftragter der Polizeiwache Bergkamen).

Die Kreispolizeibehörde Unna und die Stadtverwaltung Bergkamen arbeiten unter Berücksichtigung der verschiedenen Aufgabenstellungen und Zuständigkeiten bereits seit vielen Jahren partnerschaftlich und gleichberechtigt zusammen. Auf der Grundlage des Erlasses „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ erfolgte nun auch die schriftliche Fixierung der seit Jahren in Bergkamen erfolgreich praktizierten Ordnungspartnerschaft. „Die beteiligten Verantwortungsträger sollen sich anlassbezogen zusammenfinden, um die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen durch Kommunikation, Koordination und Kooperation zielgerichtet und effektiv einzusetzen“, heißt es unter anderem in der Vereinbarung. Landrat Michael Makiolla lobte ausdrücklich die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadtverwaltung in Bergkamen. Diese soll nun kontinuierlich weiter entwickelt werden. So soll unter anderem die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsbehörde insbesondere bei größeren Veranstaltungen/ Einsätzen sowie die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität intensiviert werden. Die Kooperationsvereinbarung gilt übrigens bis zum 31. Dezember 2016 und wird im Rahmen der regelmäßigen Besprechungen daraufhin geprüft, ob sie wirksam ist, optimiert werden muss und ob sie gegebenenfalls verlängert werden kann. Das Projekt der Ordnungspartnerschaften geht auf eine Initiative des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen zurück, wonach das Ziel darin bestehen sollte, ergänzend zu den staatlichen Möglichkeiten einen wirkungsvollen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage und zum Abbau der Kriminalitätsfurcht der Bürgerinnen und Bürger zu leisten.